

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2835&koobi...

CeiberWeiber +

Politik | Termine | Kultur | Kommentar | Initiativen | Wissenschaft | Life | Herstory | Sitemap | Suche

Ä»

Innenpolitik International Europa Frauenrechte Wirtschaft & Arbeit Medien

Startseite » Ä» Ä Artikel Ä Ä Ä Politik Ä Ä Ä Wirtschaft & Arbeit Ä Ä Ä

EU, USA, Wirtschaft und Spionage

(14.11.2013) NSA, TTIP und TPP - Der deutsche Verfassungsschutz redet Klartext und beziffert den Schaden von Wirtschaftsspionage, er fordert außerdem unter anderem eine Meldepflicht für Cyberattacken auf Unternehmen. Man muss aber auch im Auge behalten, dass neue Abkommen mit den USA die Rechte der Staaten weiter einzuschränken drohen, und dies "freiwillig". Was Spionage unter den derzeitigen Bedingungen betrifft, verweist der österreichische Abgeordnete **Harald Stefan** lobend auf das deutsch Beispiel: "Die Angaben des Verfassungsschutzes überraschen gar nicht, wir müssen davon ausgehen, dass auch der österreichischen Wirtschaft ein derartiger Schaden entstanden ist", sagt der Verfassungssprecher der FPÖ. Wirtschaftsspionage via Web erreicht nach Angaben des Verfassungsschutzes einen zweistelligen Milliardenbereich jährlich.

Darunter versteht man etwa das Scheitern Lassen von Vertragsabschlüssen, weil die Daten zuvor der Konkurrenz bekannt gemacht werden. Da der Verfassungsschutz selbst keine Informationen über Angriffe auf Unternehmen hat, verlangt er eine Meldepflicht für Cyberattacken. Dies dient auch dem Informationsgewinn über die Art und Weise, wie Firmen attackiert werden, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Bei den deutschen Koalitionsverhandlungen besteht Einvernehmen zwischen CDU/CSU und SPD, dass zumindest Unternehmen im Bereich kritischer Infrastrukturen Angriffe melden müssen.

Natürlich wäre auch sinnvoll, europäische Mails nur mehr über europäische Server und Leitungen zu verschicken - eine Debatte, die auch auf EU-Ebene als eine der Konsequenzen aus der NSA-Affäre geführt wird. **Harald Stefan** meint: "Die Forderungen des deutschen Verfassungsschutzes führen auch zur Emanzipation Europas gegenüber der Bevormundung durch die USA. Man muß in Europa endlich davon abkommen, in den USA den wohlthätigen guten Onkel zu sehen und die USA so wahrnehmen, wie sie sind, nämlich als beinhardter Gegner in der internationalen Wirtschaft, der natürlich primär die eigenen Interessen im Auge hat und auch bereit ist, alle zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um diese durchzusetzen."

Und was Kommunikation betrifft, sagt der Abgeordnete: "Europa muss lernen auf eigenen Beinen zu stehen, eigene Computernetzwerke, Leitungen und Knotenpunkte aufbauen, die mehr Sicherheit für europäische Einrichtung bieten. Es müssen auch die dementsprechenden Sicherheitsorganisationen schaffen, die autark für die europäische Sicherheit, auch gegenüber der USA, sorgen können." Bekanntlich wird parallel zu Versuchen, die NSA-Affäre aufzuarbeiten, über ein Freihandelsabkommen EU-USA verhandelt. Die einen feiern dies, weil es "Arbeitsplätze" bringen soll, anderen sehen es kritisch als eine Art "Wirtschafts-NATO" zur Durchsetzung der Rechte amerikanischer Konzerne.

Attac bezeichnet die Verhandlungen als "breit angelegte Attacke gegen die Umweltstandards, soziale Rechte und Demokratie" und fordert deren sofortigen Abbruch. "Diese geheimen Verhandlungen der EU-Kommission entmachten die Parlamente. Ohne Informationen und Einfluss sollen sie abwarten, was hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. So wird Demokratie zur Farce", sagt **Alexandra Strickner** von Attac Österreich. "Das scheinbar harmlose 'Anpassen von Standards' ist die beste Gelegenheit für Konzernlobbys um Gesetz zum Schutz von KonsumentInnen, ArbeitnehmerInnen und Umwelt loszuwerden. Errungenschaften des VerbraucherInnen-, Gesundheits-, Klima- und Tierschutzes stehen genauso auf dem Prüfstand wie das europäische Arbeits- und Sozialrecht. Die versprochenen Wohlfahrtsgewinne entpuppen sich bei genauer Betrachtung als billige PR-Kampagne, um die wahren Interessen zu verschleiern."

- [Die Männer-Riesenpleite...](#)
- [Das Frauenbeschäftigungspaket von Frauenministerin Bures...](#)
- [Wirtschaftsförderung und Frauen...](#)
- [Kindergeld in der Diskussion...](#)
- [Frauenministerin Bures: Armut ist weiblich!...](#)
- [ÖBB- und Asfinag-Aufsichtsrat = Männersache...](#)
- [Die Arbeitsmarktsituation in Österreich...](#)
- [Blick der Wirtschaftskammer auf die Konjunktur...](#)
- [Die Einstellung der Bevölkerung zur Privatisierung...](#)
- [Armut und Diskriminierung sind weiblich...](#)
- [Einkommensunterschiede: Stadträtin Frauenberger vs. WK-Chef Leitl...](#)
- [\(20.7.\) Zivilgesellschaft gegen Spekulation mit Steuergeld...](#)
- [Clean Clothes zu den Arbeitsbedingungen bei IKEA...](#)
- [Frauenministerin für Sanktion bei ungleichen Einkommen...](#)
- ["Best of Business": Reine Männerwirtschaft...](#)
- [\(20.7.\) Beatrix Karl ist Ä-AAB-Generalsekretärin...](#)
- [Der Würgegriff von Ratingagenturen und IWF...](#)
- [3.8. "Praktikantin gesucht!" Studie Äüber Angebote in Ästerreich...](#)
- [Minisicherung oder: Das Leben der anderen...](#)
- [Arbeiterkammer: Banken-Abzocke in der Krise...](#)
- [Bezahlen Frauen die Männerkrise?...](#)
- [Diskriminierte Managerinnen...](#)
- [Frauenarbeit in der Krise - Gespräch mit Dwora Stein \(GPA\)...](#)
- [Wirtschaftskammer: Männer in Pflegeberufe...](#)
- [Darf nur die Post zur Polizei?...](#)
- [Soll der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen geöffnet werden?...](#)
- [Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes...](#)
- [Wirtschaft für die Menschen statt für den Profit...](#)
- [Frauen und Geld: Martina EschemÄller-Futschik "TopFit for Money"...](#)
- [Kleinunternehmerinnen, Kindergeld und Krise...](#)
- ["Klassenkampf" um die Mindestsicherung...](#)
- [Diskussion "Wie gerecht ist unser Sozialsystem?"...](#)
- [Die grenzenlose Gier der Manager](#)

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Thema: attac,

URL: <http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2835&koobi...>

Außerdem werden die ohnehin schwachen Bemühungen torpediert, Banken und Finanzmärkte stärker zu regulieren, da man derlei als "Handelshemmnis" bezeichnet. Und es ist damit zu rechnen, dass Investoren Klagsrechte gegenüber Staaten vor internationalen Gerichten bekommen, um Sozial-, Gesundheits- oder Umweltschutzgesetze auszuhebeln. "Damit werden Parlamenten die Hände für bessere Sozial- oder Umweltgesetzgebung gebunden", erklärt Attac. Ein Beispiel ist die Klage des schwedischen Energieriesen Vattenfall gegen den deutschen Atomausstieg auf 3,5 Milliarden Euro Entschädigung. Unternehmen der USA und der EU bekämpfen derzeit die Anhebung ägyptischer Mindestlöhne und ein Gesetz zur Kontrolle toxischer Emissionen in Peru. In Gefahr sind Lebensmittelkennzeichnung, ökologische Landwirtschaft, medizinische Standards, Arzneimittelpreise und das Recht auf Privatsphäre im Internet, sagt Attac und empfiehlt den Bericht [A Brave New Transatlantic Partnership](#), den das internationale Netzwerk "Seattle to Brussels" erstellt hat.



Lori Wallach erinnert in "Le Monde Diplomatique" an die Verhandlungen über das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), das am Widerstand der Öffentlichkeit und der Parlamente scheiterte. Die "Transatlantic Trade and Investment Partnership" (TTIP) übertrifft das MAI aber in der Absicht, Privilegien von Konzernen und Investoren zu schützen und zu erweitern. Bereits beim MAI war geplant, Konzernen denselben Rechtsstatus wie Staaten zu verleihen, sodass sie Länder wegen ihrer Standards auf "entgangene Gewinne" verklagen können, die dann aus Steuergeldern auszugleichen wären. Nun will man Standards in "nicht handelspolitischen" Bereichen vereinheitlichen, was genau den Vorstellungen von Konzernen und Investoren entspricht - wenn ein Staat dagegen verstößt, kann er praktisch unbegrenzt Handelsanktionen ausgesetzt sein oder muss Unsummen an Entschädigung bezahlen.

Wallach schreibt: "Die Verhandlungen über diese Art Staatsstreich in Zeitlupe haben im Juli dieses Jahres in Washington begonnen - mit der erklärten Absicht, in zwei Jahren ein Abkommen zu unterzeichnen, das eine transatlantische Freihandelszone (Transatlantic Free Trade Area, Tafta) begründet wird. Das gesamte TTIP-Tafta-Projekt gleicht dem Monster aus einem Horrorfilm, das durch nichts totzukriegen ist. Denn die Vorteile, die eine solche 'Wirtschafts-Nato' den Unternehmen bieten würde, wären bindend, dauerhaft und praktisch irreversibel, weil jede einzelne Bestimmung nur mit Zustimmung sämtlicher Unterzeichnerstaaten geändert werden kann. Weil die global operierenden US-Konzerne eine ähnliches Partnerschaftsabkommen für den pazifischen Raum (Trans-Pacific Partnership oder TPP) anstreben, würden wir auf ein System zusteuern, das die Herrschaft der mächtigsten Kapitalgruppen über den Großteil der Welt zementiert und juristisch absichert. Denn auch andere Staaten wären gezwungen, bei der TTIP oder der TPP anzudocken. Sie müssten sich also im Handel mit der USA und der EU nach deren Regeln richten."

Freilich gibt es auch in den USA Widerstand, wo die WählerInnen erkannt haben, dass sozialer Fortschritt wieder rückgängig gemacht werden soll. Zur Durchsetzungsstrategie gehört, dass hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, sodass kritische Stimmen keine Chance haben, etwas zu beeinflussen. Allerdings haben 600 offizielle Berater der Großkonzerne privilegierten Zugang zu den Dokumenten und zu den Entscheidungsträgern, wobei Textentwürfe nicht veröffentlicht werden, man auch die Presse außen vor lässt, bis vollendete Tatsachen geschaffen sind. **Ron Kirk** war bis vor wenigen Monaten US-Handelsminister und gab letztes Jahr offen zu, dass man deswegen alles geheimhalte, weil früher einmal ein Entwurf für ein Handelsabkommen bekannt wurde, was diesen zum Scheitern brachte - er meinte das Nordamerikanischen Freihandelsabkommen Nafta, dessen erste Fassung 2001 auf die Webseite der Regierung gestellt wurde.

Über den Tisch gezogen werden PolitikerInnen bis zu den Kommunalverwaltungen, da sie, wie **Wallach** schreibt, "ihre aktuelle und künftige Innenpolitik dem umfangreichen Regelwerk" anpassen müssten. Die Signatarstaaten müssten sicherstellen, dass "ihre Gesetze, Regelwerke und administrativen Verfahren" den im Abkommen vereinbarten Vorgaben entsprechen. Wenn sie dabei säumig sind, zwingt man sie per Schlichtungsverfahren, Sanktionen und Entschädigungszahlungen. Vorbild dafür sind andere

- [nach Bonuszahlungen...](#)
- [Kein guter Gender Gap Report fÄ¼r A=sterreich...](#)
- [Josef Pröll sucht den Superpraktikanten...](#)
- [Für das Grundeinkommen: Die "Krönungswelle" erreicht die Wiener Uni...](#)
- [Volkskrankheit soziale Unterschiede...](#)
- [ÖVP-Transferkonto soll "Schwache" stigmatisieren...](#)
- [Geringe Nachfrage nach einkommensabhÄ¼ngigem Kindergeld...](#)
- [Warum Frauen manches \(angeblich\) besser kÄ¼nnen...](#)
- [Wollen Frauen wenig verdienen?...](#)
- [Neue Initiative zu Frauen in FÄ¼hrungspositionen...](#)
- [Kampf für eine Finanztransaktionssteuer...](#)
- [Unternehmerinnen in Wien...](#)
- [Die Einkommenstransparenz kommt...](#)
- [Was bringt die Einkommenstransparenz?...](#)
- [Kundgebung für eine Sozialmilliarde...](#)
- [Frauen sind mit geringerem Einkommen zufrieden...](#)
- [Werben für mehr Väter in Karenz...](#)
- [Unternehmen und Krisenmanagement...](#)
- [Eine Keule für Christine Marek!...](#)
- [Besser Lohndumping als 1300 Euro Mindestlohn?...](#)
- [Von Väterkarenz und Rabenmüttern...](#)
- [Wikileaks: Frankreich und die Wirtschaftsspionage...](#)
- [Wikileaks: Lobbying für Boeing gegen Airbus...](#)
- [Software zeigt Einkommens-Diskriminierung...](#)
- [Einkommenstransparenz mit Strafen für ArbeitnehmerInnen...](#)
- [Die Angst des BZÖ vor Gleichbehandlung...](#)
- [Seniorenbund fordert gleiches Pensionsalter für Frauen...](#)
- [Ja wo sind denn die Aufsichtsrätinnen?...](#)
- [Frauenquoten auch im ländlichen Raum gefordert...](#)
- [Aufsichtsräte: mehr Qualität, aber keine Frauenquoten...](#)
- [Kampf gegen Frauenquoten...](#)
- [Oft unterbezahlt: deutsche Tierärztinnen...](#)
- [Weniger weibliche Führungskräfte...](#)
- [Fairer Kaffeespot mit George Clooney...](#)
- [Unterwegs im Korruptionssumpf...](#)
- [Kampagne "Spielsachen fair machen!"...](#)
- [Standard & Poor's versus EU-Staaten...](#)
- [Attac zum EU-Gipfel...](#)
- [Disput über den EU-Fiskalpakt...](#)
- [Pressestunde mit dem Bundeskanzler...](#)
- [Nur keine Panik: Erste Bank zum Rating für Österreich...](#)
- [Attac zum Rating für Österreich...](#)
- [Frauen wirtschaften erfolgreicher...](#)
- [Zum Internationalen Frauentag: Frauen und Geld...](#)
- [Finanzmarktpolitik und Gender...](#)
- [Offener Brief von Attac zum Fiskalpakt...](#)
- [Was Social Banking bewirken kann...](#)
- [Franz-Josef Huainigg und der andere 1. Mai...](#)

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Thema: attac,

URL: <http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2835&koobi...>

Handelsabkommen, bei denen es angeblich um "Freihandel" geht, wo die WTO Staaten Regelungen untersagt, wie einen Herkunftsnachweis für Fleisch oder die Ablehnung von genveränderten Lebensmitteln. Kommt TTIP-Tafta zustande, dann kann jeder Investor, der in einem Land tätig ist, gegen "nicht handelsbezogene" Bestimmungen vorgehen, wenn er meint, diese bedeuten für ihn Gewinnentgang.

Wallach folgert daraus: *"Allein dies macht das TTIP-Projekt zu einer Bedrohung von völlig neuen Dimensionen. Und da jede nachträgliche Vertragsänderung der Zustimmung sämtlicher Signatarstaaten bedarf, wären die reaktionären Inhalte des Abkommens durch demokratische Kontrollmechanismen wie Wahlen, politische Kampagnen und öffentliche Protestaktionen nicht mehr angreifbar. Politisch brisant ist auch die Rolle des Schiedsgerichts, das es einzelnen Konzern ermöglichen soll, einem Staat gewissermaßen auf Augenhöhe entgegenzutreten. Die dreiköpfigen Kammern wären unter Aufsicht der Weltbank und der UNO organisiert und könnten staatliche Entschädigungszahlungen anordnen, wenn sie befinden, dass die Politik oder bestimmte Maßnahmen einer Regierung die 'erwarteten künftigen Profite' eines Unternehmens schmälern. Dieses Schlichtungsregime macht klar, dass die Rechte von Unternehmen höherwertig sein sollen als die Souveränität von Staaten. Es würde Unternehmen ermächtigen, die Regierungen der USA oder eines EU-Staats vor ein außergerichtliches Tribunal zu zeren. Und zwar mit dem schlichten Argument, dass die Gesundheits- oder Finanz- oder Umwelt- oder sonstige Politik dieser Regierung ihre Investorenrechte beeinträchtigt."*

Beim Drohpotenzial von Unternehmen gegenüber Staaten muss man in Erwägung ziehen, dass 3.000 EU-Firmen mehr als 24.000 Tochterunternehmen in den USA haben, und 14.400 US-Unternehmen 50.800 Tochterfirmen in der EU. Gesamt wären dann 75.000 Unternehmen, die in der EU und in den USA registriert sind in der Lage, das politische System zu untergraben. Ironischerweise geht die absurde Vorstellung, Unternehmerinteressen über staatliche Souveränität zu stellen, auf einen Versuch zurück, die fehlende Verlässlichkeit der Justiz in Entwicklungsländern auszugleichen. Firmen sollten dadurch gegen Enteignungen vorgehen, Entschädigungen verlangen können. Wer auf die Idee kommt, dieses Konzept auf die EU und die USA zu übertragen, legt damit wohl vor allem das eigene Demokratieverständnis offen. Staaten würden wenig Chance bei den vorgesehenen Schlichtungskammern haben, da sie aus Juristen bestehen, die davon leben, für den privaten Sektor gegen Regierungen zu klagen.



Es ist ein eigener exklusiver Zirkel, der im internationalen Bereich tätig ist, da ganze 15 Anwaltsbüros mit 55% aller bisherigen Investitionsklagen gegen Staaten befasst waren. Die Entscheidungen sind sakrosankt, es gibt keine Berufungsmöglichkeiten. Bereits jetzt versuchen viele Konzerne, sich wegen Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsstandards als "indirekt enteignet" zu betrachten und haben bei den Schlichtungskammern viel Verständnis, weil diese alles recht grosszügig auslegen. Die Tendenz an Klagen ist steigend, es sind jetzt schon zehnmal so viele wie 2000, mit einem Rekord im Jahr 2012. Spezialisierte Anwaltsfirmen setzen alles daran, die Staatshaushalte im Namen von Investoren zu plündern, und würden dafür mit TTIP-Tafta noch viel bessere Rahmenbedingungen bekommen.

Unter den Konzernlobbys, die bei den Verhandlungen mitmischen, sind natürlich auch jene, die gegen Datenschutz auftreten. Etwa die Digital Trade Coalition von anonym bleibenden Internetunternehmen, die den Abfluss persönlicher Daten in die USA sichern will und sich dagegen verwehrt, dass die EU Bedenken gegen das US-Niveau an Datenschutz hat. Das U.S. Council for International Business (USCIB) spricht sich ebenfalls gegen Sicherheit und Privatsphäre aus, weil diese Werte als "verkappte Handelshindernisse benutzt werden können". Dem USCIB gehören auch Unternehmen wie Verizon an, das mit der NSA zusammenarbeitet. Bedenkt man, dass Jubelprognosen über ein angeblich zu erwartendes Wirtschaftswachstum übertrieben sind, fragt sich, warum seitens der EU ernsthaft verhandelt wird. Nüchtern sieht es etwa das European Centre for International Political Economy, das ein BIP-Wachstum von wenigen Promille ab 2029 für möglich hält.

- ➔ [Arbeitsmarkt auch für AsylwerberInnen...](#)
- ➔ [SPÖ sabotiert eigene Forderungen...](#)
- ➔ [Rote Karte für adidas...](#)
- ➔ [Mailaktion zum EU-Fiskalpak...](#)
- ➔ [Steuergerechtigkeits-Volksbegehren im Wahlkampf...](#)
- ➔ [ESM ohne Durchführungsbestimmungen...](#)
- ➔ [Attac warnt vor ESM und Fiskalpak...](#)
- ➔ [Der große Euro-Schwindel...](#)
- ➔ [Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpak...](#)
- ➔ [ESM: Grüne brüskieren ihre Basis...](#)
- ➔ [Fiskalpak: Appell an den Bundespräsidenten...](#)
- ➔ [Sozialistische Jugend gegen Fiskalpak...](#)
- ➔ [Kommt Fiskalpak-Verfassungsklage der Opposition?...](#)
- ➔ [ESM und EU-Fiskalpak: Petition an Fischer...](#)
- ➔ [Verfassungsklage gegen ESM angestrebt...](#)
- ➔ [Attac an Fischer zu EU-Fiskalpak...](#)
- ➔ [ESM: Appell an den Bundespräsidenten...](#)
- ➔ [Fischer unterzeichnet ESM und Fiskalpak...](#)
- ➔ [Gegen Vorabprüfung von Verfassungsgesetzen...](#)
- ➔ [Die ESM-Haftungen visualisiert...](#)
- ➔ [Wie Hessen SteuerfahnderInnen bekämpft...](#)
- ➔ [Wie Goldman Sachs die Welt registriert...](#)
- ➔ [Die Erste Bank und der Weltspartag...](#)
- ➔ [Neue Studie über Karenzväter...](#)
- ➔ [Die ÖVP und der Wirtschaftsstandort...](#)
- ➔ [Kreative Sommer-Kinderbetreuung bei Frequentis...](#)
- ➔ [Frequentis: Sicherheitstechnologie aus Österreich...](#)
- ➔ [Rote Gewerkschafter präsentieren Überstunden-Studie...](#)
- ➔ [Wenn die SPÖ ArbeitnehmerInnen bekämpft...](#)
- ➔ [Widerstand gegen Handelsabkommen zwischen EU und USA...](#)
- ➔ [Runder Tisch zum TTIP...](#)

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Thema: attac,

URL: <http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2835&koobi...>

Ein parallel verhandeltes Abkommen, das TPP für Trans-Pacific Partnership, ist dank [Wikileaks](#) nicht länger geheim, denn der Entwurf zu einem Kapitel wurde eben veröffentlicht. TTIP (also EU-USA) und TPP (USA, Japan, Mexiko, Kanada, Australien, Malaysia, Chile, Singapur, Peru, Vietnam, Neuseeland und Brunei) decken 60% des globalen BIP ab. Wikileaks macht [den umstrittensten Bereich](#) publik, in dem es um das Recht an geistigem Eigentum geht. Das Kapitel hat Auswirkungen auf MedizinerInnen, PublizistInnen, Internet-Dienste, bürgerliche Freiheiten und biologische Patente. Enthalten sind auch die Verhandlungspositionen der 12 Staaten, mit all ihren Unterschieden und Widersprüchen.

Genau genommen habe die TPP-Verhandlungen zuerst begonnen, und Präsident **Obama** initiierte dann den Beginn der TTIP-Verhandlungen Anfang Jänner 2013, nach dem Vorbild der TPP. Wie beim TTIP gilt auch hier: *"Since the beginning of the TPP negotiations, the process of drafting and negotiating the treaty's chapters has been shrouded in an unprecedented level of secrecy. Access to drafts of the TPP chapters is shielded from the general public. Members of the US Congress are only able to view selected portions of treaty-related documents in highly restrictive conditions and under strict supervision.*

It has been previously revealed that only three individuals in each TPP nation have access to the full text of the agreement, while 600 'trade advisers' - lobbyists guarding the interests of large US corporations such as Chevron, Halliburton, Monsanto and Walmart - are granted privileged access to crucial sections of the treaty text. The TPP negotiations are currently at a critical stage. The Obama administration is preparing to fast-track the TPP treaty in a manner that will prevent the US Congress from discussing or amending any parts of the treaty. Numerous TPP heads of state and senior government figures, including President Obama, have declared their intention to sign and ratify the TPP before the end of 2013."

Wikileaks-Gründer **Julian Assange** sagt zur Veröffentlichung: *"The US administration is aggressively pushing the TPP through the US legislative process on the sly."* Immerhin handelt es sich beim "Intellectual Property Rights Chapter" um 95 Seiten mit 30.000 Wörtern Text, mit neu zu schaffenden Regelungen als umfassendstem Abschnitt. Auch hier geht es, wie beim TTIP, um das Aushebeln nationaler Souveränität durch internationale Konzerne. Die urteilenden Schlichtungskammern können, was an das geheime FISA-Gericht bei Überwachungsmaßnahmen a la NSA erinnert, geheime Beweise aufnehmen.

Assange stellt fest: *"If instituted, the TPP's IP regime would trample over individual rights and free expression, as well as ride roughshod over the intellectual and creative commons. If you read, write, publish, think, listen, dance, sing or invent; if you farm or consume food; if you're ill now or might one day be ill, the TPP has you in its crosshairs."* Auch dies verweist auf die umfassende [Überwachung](#) durch die USA, die ebenfalls jeden Bereich unseres Alltags betrifft - und einer von vielen Gründen für die EU sein müsste, nicht mit den USA über TTIP zu verhandeln...

Infos:

[Runder Tisch zum TTIP](#) (am 25.3.2014 mit allen
Parlamentsparteien in Wien)
[Widerstand gegen TTIP in USA und EU](#)

Alexandra Bader
alexandra@ceiberweiber.at

[Tweet](#)[Mein Feedback-Beitrag zu diesem Artikel](#)[WEITERLEITEN](#) [DRUCKEN](#)[Home](#) | [Impressum](#) | [Kontakt](#) | [Forum](#) | [Downloads](#) | [Links](#) | [Archiv 1998-2006](#) |[Neuwagen und Gebrauchtwagenbörse](#)